Missio-Präsident: Schutz der Religionsfreiheit ist Schwerpunkt

27. Dezember 2016

München (KNA) Der Schutz der Religionsfreiheit bleibt für das internationale katholische Missionswerk missio München auch künftig ein Schwerpunkt seiner Arbeit. Anlässlich des Stephanustags (26. Dezember) erinnerte missio-Präsident Wolfgang Huber an die dramatische Lage der Christen im Nahen Osten. Es sei unerträglich, dass Christen dort aufgrund ihres Glaubens gefoltert, vertrieben und getötet würden. Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt gegen religiöse Minderheiten seien aufs Schärfste zu verurteilen. – Der heilige Stephanus gilt als der erste christliche Märtyrer. An seinem Namenstag wird traditionell der verfolgten Christen gedacht. Huber betonte, Religionsfreiheit sei ein hohes Gut. Mit dem von missio weltweit geförderten interreligiösen Dialog bilde sie eine Grundlage für ein Leben in Freiheit, Frieden und Sicherheit. Für die Projektpartner des Hilfswerks werde es künftig in jenen Regionen, wo Christen verfolgt werden, noch wichtiger, mit Aufklärungsprogrammen und langfristig angelegten Bildungsangeboten gegenzusteuern. Als Beispiel führte der missio-Präsident den Nordirak an. Dort gingen derzeit irakische und verbündete Truppen gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) vor. Ob die geflohenen Christen in ihre befreiten Heimatorte zurückgehen werden, ist offen, wie missio-Projektpartner Nabil A. Nissan, Direktor der Caritas Irak, sagte. Die Mehrheit der vertriebenen Christen würde gerne nach Hause kommen. Dass viele dies nicht täten, liege weniger an zerstörten Gebäuden und einer brachliegenden Infrastruktur als daran, dass es in dieser Region bisher keinerlei Sicherheit für die Menschen gebe. Dennoch sollen die teilweise stark beschädigten kirchlichen Zentren in Städten wie Bartella oder Karakosch, der einst größten christlichen Stadt des Irak, so schnell wie möglich wieder aufgebaut werden, hieß es. – Missio München unterstützt als „Botschafter der Solidarität“ mit rund 12 Millionen Euro in 60 Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens mehr als 1.000 nachhaltige Bildungsprojekte, den Aufbau kirchlicher Infrastruktur, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie den interreligiö- sen Dialog.

(KNA – qlmmm-89-00044)

Stand: 27. November 2026